

Pressemitteilung

CDU mit 2 Anträgen und 4 Anfragen vor der Sommerpause

Christdemokraten wollen Sicherheit für (Schul-)Kinder erhöhen und Ausnahmen von der Hundesteuer ermöglichen.

GIESSEN. Bevor sich die städtischen Gremien in ihre Sommerpause verabschieden, hat die CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung zur Sitzung im Juli zwei Anträge und vier Anfragen in den Geschäftsgang gegeben.

So fordern die Christdemokraten unter anderem, dass der Magistrat eine Beteiligung am Projekt ‚LEON Hilfe-Insel‘ prüft. „Bei diesem Projekt geht es darum, in einer Kooperation von Kommune, Polizei, örtlichen Geschäftsleuten, Kindergärten und (Grund)schulen für Kinder ein Mehr an (subjektivem) Sicherheitsgefühl auf dem Kindergarten- bzw. Schulweg und im sozialen Umfeld zu schaffen. Spezielle Aufkleber auf Ladentüren und Schaufenstern signalisieren im Rahmen des „LEON HilfeInsel“-Projekts den Kindern, dass sie hier Rat und Hilfe bekommen, wenn es eine Situation gibt, die ihnen gefährlich erscheint oder die sie nicht einschätzen können“ meint Fraktionsvorsitzender Klaus Peter Möller. Fraktionsassistent Maximilian Roth ergänzt: „Wichtig für Kinder ist es, dass die Symbole für Ansprechstellen möglichst einheitlich sind, damit es keine Verwirrung gibt. Die LEON Hilfe- Insel wäre ein landesweit bekanntes Symbol.“

Des Weiteren hat die CDU-Fraktion mit Blick auf die derzeit geltende Hundesteuer einen gewissen Handlungsspielraum betreffend Ausnahmen von der Hundesteuer identifiziert. So soll nach dem Willen der Union künftig auch für folgende Hunde keine Hundesteuer anfallen: *Schulhunde*, welche in Kindertagesstätten und Schulen im Rahmen von tiergestützter Pädagogik eingesetzt werden, *Therapiehunde*, welche im Rahmen der tiergestützten medizinischen Behandlung eingesetzt werden sowie *Besuchshunde*, welche von ehrenamtlich Tätigen zu regelmäßigen Besuchen in Seniorenheimen oder auch im Hause von pflegebedürftigen Menschen eingesetzt werden und eine entsprechende Ausbildung besitzen. „Mit der um diese drei Tatbestände erweiterte Befreiung von der Hundesteuer für die Hunde, deren Halter aktiv die Bürgerinnen und Bürger im sozialen Leben unterstützen und hierfür bereits Aufwendung für die Ausbildung auf sich nehmen, zeigt die Stadt Gießen eine Wertschätzung für das Engagement und unterstützt die pflegerische und pädagogische Arbeit“, findet Roth.

In vier separaten Anfragen wollen die Christdemokraten zum einen Auskünfte, wie Grünordnungspläne in die Bebauungsplänen der Stadt Gießen integriert werden und wie Bauverpflichtungen aus den Bebauungsplänen umgesetzt bzw. kontrolliert werden sowie zum anderen, wie es aufgrund interner

Pressemitteilung

Verwaltungsabläufe und Prüf- bzw. Gegenzeichnungen dazu kommen konnte, dass in der Henselstraße Baumaßnahmen ohne denkmalschutzrechtliche Genehmigung ausgeführt wurden, wie dies in Zukunft vermieden wird und wie hoch die Kosten der nachträglichen denkmalrechtlichen Maßnahmen sind.

Außerdem stört sich die Union an der zunehmenden Verunreinigung im Eingangsbereich der Tiefgarage des Rathauses und verlangt dazu vom Magistrat einige Antworten unter anderem betreffend der Reinigungsfirma, der konkreten Leistungen und Vergütungen, der Reinigungsfrequenz, regelmäßiger Kontrollen und Protokollen der Arbeiten.

Zuletzt wurden an den Magistrat umfangreiche Fragen betreffend die Situation am Vorplatz des Universitätshauptgebäudes in der Ludwigstraße gestellt, auf welchem es in den letzten Jahren vermehrt zu extremen Partyexzessen und damit verbundenen Lärmbelästigungen gekommen ist. Diesbezüglich erbittet die Union u. a. Antworten auf die Frage, ob konkrete Gespräche über eine Nutzungsvereinbarung zwischen der Stadt und der Universität geführt worden sind hinsichtlich zur Übernahme von Verkehrssicherungspflichten, eines Sicherheitsdienstes oder der Aufstellung von Toiletten, Glas, bzw. Müllcontainern. Auch fragen die Christdemokraten, ob Bars und Restaurants in der Ludwigstraße für das Projekt „Nette Toilette“ gewonnen werden könn(t)en, um dem sog. „Wildpinkeln“ entgegenzuwirken. Fraglich sei auch, ob die Stadt bereits das Gespräch mit Anwohnerinnen und Anwohnern gesucht habe und ob es einen regelmäßigen Austausch mit der Polizei gibt.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung